

erstaunlich, dass Jacobi unter den Zeitgenossen als „harmonisierende Integrationsfigur“ galt, aber „drei Jahrzehnte nach seinem Tod polarisierend wirkt.“ (S. 4)

In einer besonders schwierigen Situation wird Jacobi 1947/48 zum Rektor der Universität Leipzig gewählt. Er tritt, wie sein Vorgänger Hans-Georg Gadamer, ein schweres Erbe an. Im ständigen Ringen um universitäre Autonomie kann er kaum Erfolge erringen. Jacobi wird mit der Volkskongressbewegung, dem lauten Ruf „Arbeiter in die Hörsäle“ und der Verhaftung des Studentenratsvorsitzenden Wolfgang Natonek konfrontiert. Über 200 Vorgänge sind aus dem Rektoratsjahr von Jacobi allein im Universitätsarchiv dokumentiert. Das Rektoratsjahr war für Jacobi eine Gratwanderung zwischen demokratischem Anspruch und totalitärem Druck. Seine Refugien blieben später die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und die Evangelische Kirche.

In gedrängter Form geht der Verfasser allen biografischen Fragen nach, beschreibt das Verhältnis zu Jacobis Kollegen in Ost und West und hinterfragt, warum Jacobi so und nicht anders in konkreten politischen Situationen gehandelt hat. Damit gelingt es ihm distanziert zu bleiben, aber in konkreten Fällen auch die notwendige Nähe zu erreichen. Die Arbeit dokumentiert in ihrer Fülle am Beispiel eines herausragenden Juristen ein Stück Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert.

Einige kleine Anmerkungen seien angefügt; sie trüben nicht den sehr guten Gesamteindruck der Arbeit: die Staatlichen Forschungsinstitute sind zusätzliche Institutionen an der Universität Leipzig (S. 24); Felix Krüger ist nicht Nachfolger von Wilhelm Wundt, sondern Nachfolger von Wilhelm Wirth (S. 182). Ernst Bloch und Hans Mayer werden nicht zu Mitgliedern der Sächsischen Akademie der Wissenschaften gewählt (S. 349), die auch nicht über eine Philosophisch-historische Klasse verfügt (S. 359).

Leipzig

Gerald Wiemers

**CARSTEN SCHMIDT, Zwischen Burgfrieden und Klassenkampf. Sozialpolitik und Kriegsgesellschaft in Dresden 1914–1918**, Tectum Verlag, Marburg 2007. – 365 S. (ISBN: 978-3-8288-9480-8, Preis: 34,90 €).

Carsten Schmidt bemüht sich in seiner von der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden angenommenen geschichtswissenschaftlichen Dissertation, einen sozialpolitischen Umgestaltungsprozess, der den Ersten Weltkrieg als „de[n] große[n] Schrittmacher der Sozialpolitik“ erwiesen habe, „am Beispiel der sächsischen Residenz- und Garnisonsstadt Dresden eingehend“ zu untersuchen. Im Zentrum seiner Überlegungen steht die sich wandelnde Rolle der Kommunen im Deutschen Reich „von sozialpolitischen Initiativzentren zu staatlichen Implementationsorganen“: Während die Ausgestaltung etwa der Erwerbslosen-, Wohnungs-, Jugend- und Kriegspferfürsorge im Kaiserreich grundsätzlich den Gemeinden oblag, sei die kommunale Selbstverwaltung während des Krieges durch staatliche Interventionen sukzessive eingeschränkt und im aus dem Krieg hervorgehenden Weimarer Wohlfahrtsstaat weitgehend aufgehoben worden (Einleitung, S. 12 f.). Dieser Prozess entfaltete sich vor dem Hintergrund wachsender Verschuldung der Gemeinden unter den Lasten kriegsbedingter Zusatzausgaben, über deren Ausmaß bis in den Krieg hinein niemand eine zutreffende Vorstellung hatte. Schmidt möchte analysieren, welche Folgen die sozialpolitische und gesellschaftliche Entwicklung für Dresden konkret mit sich brachte, wie sich der politische und soziale Burgfrieden in der Stadt gestaltete. Dabei soll insbesondere die Rolle der Arbeiterbewegung beleuchtet werden.

Carsten Schmidt geht seine Aufgabe in vier größeren Kapiteln an. Zunächst behandelt er den Kriegsbeginn und geht dabei auf das „Augusterlebnis“ im Spiegel der Dresdner Presse ein, um sich anschließend der Herausbildung sozialer Wohltätigkeitsorganisationen wie der „Kriegsorganisation Dresdner Vereine“ zu widmen: Das karitative Wirken und auch die Geldsammlungen und -spenden privater Vereine sollten während der gesamten Kriegszeit ein wichtiges Standbein sozialer Arbeit neben den kommunalen und staatlichen Leistungen und über sie hinaus bilden. Dann untersucht Schmidt die kommunale Fürsorgepolitik gegenüber den Familien der Einberufenen, den Kriegsbeschädigten und der Jugend, um in einem weiteren Großkapitel „die Verwaltung des Mangels“ auf den Gebieten des Arbeitsmarktes, der Wohnungen und der Lebensmittel zu analysieren. In den hier zutage tretenden administrativen Mängeln erkennt der Verfasser wesentliche Momente des Legitimitäts- und Machtverfalls der alten Ordnung vor allem auf kommunaler und Länderebene. Insbesondere der allgegenwärtige Hunger bildete bei zunehmender Kriegsdauer ohne durchschlagende militärische Erfolge die Grundlage einzelner Streiks und Protestkundgebungen in Sachsen – kaum allerdings in Dresden, wo die burgfriedliche Haltung der starken Mehrheitssozialdemokratie entscheidend war –, die jedoch erst im Zeichen der manifesten Kriegsniederlage in die revolutionäre Überwindung der überkommenen Ordnung einmünden sollten, die Schmidt in seinem letzten Kapitel schildert.

Das alles liest sich informativ, ist über weite Strecken gut formuliert und ergibt ein recht vielgestaltiges Bild der sozialpolitischen Entwicklungen und Konfliktlinien in einer deutschen Großstadt des Ersten Weltkriegs. Und doch ist die Untersuchung von einem gravierenden methodischen Mangel geprägt, der sie insgesamt fragwürdig macht: Es geht in dem Buch, grob geschätzt, zu einem Drittel um reichsweite Erscheinungen, zu einem weiteren Drittel um sächsische Angelegenheiten und nur zu einem Drittel um Dresden, und auch dieses Drittel ist vielfach aus der Sekundärliteratur geschöpft. Carsten Schmidt weist knapp auf die spärliche Quellenlage hin und beklagt das Fehlen von authentischen Aufzeichnungen wie Briefen, Tagebüchern oder Nachlässen; daran bleiben Zweifel, zumal über drei Archive in Dresden hinaus keinerlei ungedrucktes Material eingesehen wurde. Immerhin erweise sich die zeitgenössische Publizistik als ergiebige Quellengattung (S. 19 f.). Offensichtlich reicht dieses Material aber in keiner Weise aus, um eine überzeugende Geschichte der Kriegsgesellschaft in Dresden induktiv und quellengestützt zu erarbeiten.

Schmidt geht notgedrungen deduktiv vor: Er arbeitet aus einer bewundernswert breit rezipierten Forschungsliteratur zur sozialpolitischen Entwicklung im Deutschen Reich, in einzelnen Regionen oder Städten Grundlinien und Ergebnisse heraus, die er dann im Analogieverfahren auf Dresden überträgt, und auch das nicht selten nur implizit. Dresden kommt über weite Strecken von Schmidts Darstellung gar nicht vor, stattdessen sieht sich der Leser seitenlangen und völlig irrelevanten Zusammenfassungen von Handbuchliteratur oder einschlägigen Aufsätzen zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, des Umgangs mit Kriegsinvaliden, der Frauenbewegung, des Wohnungswesens oder der Arbeitslosenversicherung gegenüber. Diese für eine Lokalstudie unangemessene und im Grunde fruchtlose Arbeitsweise wird in den Resümees besonders deutlich, mit denen Schmidt seine Unterkapitel abzuschließen pflegt: Gerade hier, wo man Zusammenfassungen der Untersuchung von Zuständen und Entwicklungen in Dresden und daraus zu ziehende Folgerungen erwarten sollte, finden sich in der Regel ausschließlich Afterzusammenfassungen von Handbuchwissen, die keinerlei Bezug zum eigentlichen Untersuchungsgegenstand aufweisen. Carsten Schmidts Bemühungen fügen diesem Handbuchwissen nahezu nirgends neue Erkenntnisse, weiterführende Fragestellungen oder erweiterte Perspektiven hinzu. Schmidt verwendet seine Analysen zu Dresden im Wesentlichen nur illustrativ, sie sind

weder exemplarisch noch horizontenerweiternd und nicht einmal tiefschürfend. Möglicherweise ließ sich das Thema tatsächlich nicht sinnvoll auf der Basis von intensiver Quellenauswertung bearbeiten. Das Buch macht jedenfalls deutlich, dass der Verfasser zu wissenschaftlicher Arbeit ohne weiteres befähigt ist; an diesem Objekt ist er gleichwohl weitgehend gescheitert.

Demgegenüber fallen einige kleinere Fehler und sprachliche Eigentümlichkeiten kaum ins Gewicht. Erwähnt seien hier nur der „Bühlow-Block“ (S. 29), das 19. anstelle des 20. Jahrhunderts (S. 150), die wiederholten „Annäherungen“ oder „Interessensverbände“ oder die schreckliche „strafrechtliche Sonderbehandlung von Kindern und Jugendlichen“ (S. 148). Völlig im Dunkeln bleibt schließlich der Sinn des kuriosen Zitats in Anm. 791 auf S. 215.

Köln

Rainer Behring

**ULRICH FRÖSCHLE, Friedrich Georg Jünger und der „radikale Geist“.** Eine Fallstudie zum literarischen Radikalismus der Zwischenkriegszeit (Kulturstudien, Bd. 6), Thelem, Dresden 2008. – 685 S., mit zahlreichen Abb. (ISBN: 978-3-939888-16-1, Preis: 68,00 €).

Die Brüder Ernst (1895–1998) und Friedrich Georg „Fritz“ Jünger (1898–1977) lebten als geistige Zwillingsbrüder. Dagegen stand der jüngere Bruder in wissenschaftlichen Abhandlungen stets im Schatten des Älteren, eine Verwerfung, die beiden egal war. *Post festum* wies der hundertjährige Ernst Jünger leise darauf hin, dass, solange dieses Missverhältnis besteht, weder die Lebensleistung des Bruders noch die seine darstellbar sei.

Nun liegt eine erste Arbeit vor, die sich umfassend mit einem wichtigen Lebensabschnitt des Lyrikers, Essayisten, Erzählers und Kulturkritikers Friedrich Georg Jünger beschäftigt. Ihr Verfasser, Ulrich Fröschle, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Technischen Universität Dresden, widmet dessen politischer-literarischer Phase zwischen 1926 und 1934 eine Fallstudie. Unter Berücksichtigung der biografischen sowie der sozial-, medien- und politischen Verhältnisse sucht er nach Bedingungen und entscheidenden Prägungen, die zur Radikalisierung Fritz Jüngers führten, später aber auch zu dessen konservativer Wendung gegen die Nationalsozialisten. Das ist kein einfaches Unterfangen, denn die Quellenlage ist deprimierend, vor allem weil Fritz Jünger für den Untersuchungszeitraum relevante Selbstzeugnisse, der Sicherheit seiner Familie wegen bereinigte (Nur „[g]ewonnene Revolutionen sind selbstverständlich legal“). Fröschle spürt mit Treffsicherheit Belege auf, sie fanden sich im Wesentlichen in Form verstreuter Hinweise im Briefwechsel der Brüder und den Tagebüchern. Es ist ihm gelungen, eine herausragende Arbeit vorzulegen.

Sie besteht aus vier Abschnitten. Nach einem ersten zur Rezeption und Forschung um Fritz Jünger und seine Schriften (S. 19–50) folgt der zweite, in dem sich Ulrich Fröschle der „Prägung“ und „Bildung“ des Autors in den Jahren bis 1926 widmet (S. 53–213). Der Verfasser zeigt, dass die Brüder seit der Schulzeit starke Leser und Schreiber waren, und dass sie bis ins hohe Alter Erstgutachter ihrer Texte blieben. Fröschle gelingt es, die kosmopolitische, liberale Atmosphäre des patriarchalischen und offen geführten, materiell unabhängigen Elternhauses zu beschreiben. In Bezug auf Fritz Jüngers Schulzeit kann Ulrich Fröschle am konkreten Einzelfall widerlegen, dass damals Gymnasiasten generell konservativ-nationalistisch sowie zu Franzosenhassern und Militaristen erzogen wurden. Auch interpretiert er den Kult des Heroischen nicht verkürzt als Umsetzung staatlicher Bildungsvorgaben, sondern differenziert als „den